

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elberblatt und Anzeiger).

Drahtausgabe  
Tageblatt Riesa.  
Berneck Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlichstes bestimmtes Blatt.

Buchdruckerei  
Dresden 1530.  
Sitzes:  
Riesa Nr. 52.

J. 300.

Freitag, 23. Dezember 1932, abends.

85. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich (ohne Ausstellungsgebühr). Für den Fall des Eintritts von Produktionsverstreuungen, Erhöhungen der Höhe und Materialienpreise befallen wird und das Recht der Preis-erhöhung und Nachverrechnung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr normalmäßig aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Berechtigung für das Erfordernis an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Zürte. Bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag versiebt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Einfache Unterhaltungsbeiträge, "Fräulein an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Steueranlagen oder der Verkehrs- und Verkehrsinfrastruktur — hat der Verleger keinen Anspruch auf Weiterleitung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Regierungserklärung des Kabinetts Paul-Boncour.

Au die Arbeit!

Neuer Wirtschaftskurs im neuen Jahr.

Das Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung im Umfang von rund einer halben Milliarde RM ist verabschiedet. Die Arbeit, es zu realisieren, kann und muss sofort beginnen, daher der Name Sofortprogramm. Wie aber das Reichskabinett in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beratung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch allgemeine wirtschaftliche und handelspolitische Fragen erörtert hat, so wird keinen Augenblick vergessen werden dürfen, daß dieses Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung kein Selbstzweck werden darf, wie es — die letzten Säulen vom Arbeitsmarkt sind Beugnis dafür — das Papensche Wirtschaftsprogramm in wesentlichen Punkten war.

Das, was not tut, hat der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk in einem vielbeachteten Artikel sehr deutlich und klar gefaßt. Er stellt fest, daß Reich, Länder und Gemeinden bei Beginn der Krise ohne jegliche Ressourcen waren, daßbare Ressourcen nicht verfügbar, die Kreditmöglichkeiten bis zur äußersten Grenze in Ansprud gekommen, die Steuern stark angezogen waren. In der Tat blieb während der Abwärtsbewegung ins Krisental hinein nichts anderes übrig, als die Ausgaben so weit wie möglich zu drücken und alle nur irgend verfügbaren Einnahmequellen rücksichtslos auszuschöpfen, obwohl solche Maßnahmen teilweise verschärft wirkten und insgesamt immer nur kurze Zeit verhielten. Die Zeitspanne, über die Steuererhöhungen und ähnliche Maßnahmen hinweggehalten wurden, wurde jedesmal kürzer. Es war ein verhängnisvoller Kreislauf, der niemals zu einer Befundung der öffentlichen Finanzen führte.

Das Herumwerfen des Steuers konnte erst, mußte dann aber auch bei den ersten Anzeichen einer Wirtschaftsüberlebung vorgenommen werden. Nur eine Entlastung der Wirtschaft mit der daraus folgenden Verstärkung der lebendigen Momente kann dazu führen, daß nach Überprüfung eines gewissen Zeitraums die neubedachte Wirtschaft höhere Erträge abwirkt und so langsam wieder in den Rahmen der Normalität hineinwächst.

Das war etwa auch der Plan des Reichskanzlers von Papen, allein sein Wirtschaftskurs wollte eine zu große Zeitspanne überbrücken, fallisierte die Hoffnung ein, daß — gestärkt von den ersten sichtbaren Hoffnungssäulen nahender Befreiung — die Bevölkerung „so lange noch“ werde durchhalten können. Vielleicht hätte es die Bevölkerung geschafft, wenn nicht der sozialen in den leeren Raum vorstrebenden Ankündigungspolitik Herrn von Papens die meiste Belasten und im einzelnen wichtigsten Kräfte des Staates für die gänzlich Hilflosen erlegen wären, d. h. in erster Linie die Gemeinden. Wenn also jetzt als Voraussetzung für eine wirkliche Wiederbelebung und damit für das Gelingen des Gesetzlichen Sofortprogramms von den Kreisen, die eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Reorganisation der kommunalen Finanzen gefordert wird, wenn Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms lediglich durch Darlehen wegen der damit verbundenen nicht zu verantwortenden Vermehrung der kommunalen Schulden abgedeckt wird, so entstehen die Übelnungen einer sehr schweren Grundabschaltung und man darf es wohl als symptomatisch nehmen, daß am Tage der Veröffentlichung des Sofortprogramms für Arbeitsbeschaffung des Reichskanzler die Vertreter der deutschen Landgemeinden empfingen und sich über ihre Einstellung informierte.

Es wird man die 500 Millionen RM, die für die Durchführung des Gesetz-Programms zur Verfügung gestellt werden sollen, in der Hauptsache für die Finanzierung kommunaler Ausfälle verwenden. Wenn damit auch die katastrophale Lage der Kommunen nicht entdecidabel gewendet werden kann, so wird sich doch der Effekt dieser halben Milliarde bemerkbar machen und vor allen Dingen dort den Zusammenbruch hindern, wo er tatsächlich vor der Tür steht.

Mit solchen vorstößig gestellten Zielen geht es also nun ins neue Jahr hinein und an die Arbeit. Der Wirtschaftskurs des letzten halben Jahres mag im einzelnen hier und da bedenklich gewesen sein — man muß ihm augen zuhalten, daß er unter der lärmenden Unsicherheit der Frage stand, ob die Wirtschaftswende gekommen sei oder ob der Wirtschaft in die Krise weitergehen würde. An der Wende des Jahres 1932/33 fuhr man bereits auf dem letzten Hoben der Erfahrung, daß die tiefste Talföhle der Krise erreicht und hier und da schon überwunden ist.

### Der Umfang der Winterhilfe.

Berlin. (Rundschau.) Neben den Umfang der diesjährigen Winterhilfe-Aktion erfahren wir von unterrichteter Seite, daß in diesem Jahre 7 Millionen Personen von der Winterhilfe betreut werden. Im vergangenen Jahre belief sich die Zahl der Betreuten auf 4,5 Millionen. Während im vorherigen Jahre für die Fleischverbilligungsmassnahmen 17 Millionen, und für Kohlenverbilligung 6,5 Millionen eingesetzt waren, ist in diesem Jahre diese Summe, wie gemeldet, mit 85 Millionen ausgedrückt worden.

## Paul-Boncour setzt Herriots Politik fort.

\* Paris. Kammer und Senat traten am Donnerstag zusammen, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen, die in der Kammer vom Ministerpräsidenten Paul-Boncour und im Senat vom Justizminister Gardien verlesen wurde. Die Kammer wies das übliche Bild eines groben Tages auf. Als Paul-Boncour kurz vor 15 Uhr erschien, wurde er von der großen Mehrheit der Abgeordneten mit Beifall begrüßt, desgleichen der neue Finanzminister Cheron. Die übrigen Mitglieder der neuen Regierung wurden nicht besonders geheißen.

Paul-Boncour verlas gleich zu Beginn der Sitzung seine Erklärung, in der er eingangs feststellt, daß die Regierung sich der Schwierigkeiten, die ihr bevorstehen, durchaus bewußt sei. Sie habe nicht die Macht gewünscht, aber auch nicht abgelehnt. Die Regierungskrise sei unter besonderen heiklen Umständen ausgebrochen. Weder das Auflösen des Regierungskreises, noch die von ihm vertretene Politik sei dadurch verurteilt worden. Die Zusammenlegung des neuen Kabinetts zeige, daß sie die Politik der vorhergehenden bewußt fortsetzen werde. Diese Fortsetzung sei nicht nur eine heraldische Ehre für den scheidenden Ministerpräsidenten Herrn. Eine der wesentlichen Aufgaben der neuen Regierung sei die Wiederherstellung der Staatsautorität, da man zur Durchführung führender Reformen zuerst das notwendige Instrument braucht. Und einen modernen Staat, in dem die Autorität unumstritten sein werde. Die Regierung müsse sofort einige Hindernisse beseitigen, und zwar zunächst die Finanzen gesetzen, den Haushalt ausgleichen und das Gleichgewicht des Haushaltshauses wiederherstellen. Die Regierung beabsichtige energische Beschränkung der Ausgaben, zu deren Verhinderung sie auf die Mitarbeit der zuständigen Kommissionsausschüsse und der Beamten und der Kreisteilnehmer zu rechnen werde. Gleichermaßen sei die Neuregelung des öffentlichen Dienstes und die Abschaffung unnötiger Einrichtungen notwendig. Da aber sofortige Maßnahmen erforderlich seien, schlägt die Regierung für den Augenblick ein provisorisches Haushaltswölfe vor. Im Januar werde ein zweites Büdteil eingebracht werden, in dem bereits ein Teil der neuen Sparmaßnahmen enthalten sein werde.

Die zweite wichtige Aufgabe sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage. Die Regierung verspreche, dieser Aufgabe alle Kraft zu widmen. Sie sei der Ansicht, daß die augenblickliche verwickelte politische Lage in den Vereinigten Staaten eine äußerst vorsichtige Verhandlungsführung erforderlich mache. Die Richtung dieser Verhandlungen sei durch den Kammerbeschuß vom 12. Dezember gegeben. Inzwischen sei glücklicherweise während der Krise durch den bisherigen Ministerpräsidenten die Friedens- und Wiederaufbau aufrechterhalten worden. Die neue Regierung erkenne an, daß in Washington ernste Anstrengungen gemacht worden seien, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. Die französische Regierung sei außerordentlich glücklich, jede Möglichkeit einer Annäherung der Geschäftspunkte zu ergreifen und werde die Verhandlungen mit der festen Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, um der Union ein Ende zu bereiten, wie sie die Welt der ausländischen Schulden für die wirtschaftliche Wiederaufbau darstellt. Gleichermaßen werde Frankreich, in voller Vereinigung mit den Staaten, mit denen es zu gemeinsamen Bestrebungen verbunden sei, ohne Hintergedanken gegenüber dritten Staaten durch die Freundschaft seiner Nachbarn jenseits des Kanals, für die Frankreich noch fürzlich sichtbare Beweise erhalten habe, vor dem Wunsche bestellt, alle Schwierigkeiten zu beseitigen und internationale Verhandlungen fortzuführen. (Gemeint ist Amerika. D. Red.) Auch diese seien wichtig, denn von ihnen hängt zum größten Teile die Lösung der Krise ab, die den tiefen Grund der französischen Haushaltsschwierigkeiten bildete.

Die vorherige Regierung habe im Anfang daran gearbeitet, die Währungskonferenz und der Unisicherheit und der Verlangsamung heranzuführen, in die sie sich zu versetzen drohte. Die neue Regierung werde diese Arbeit forsetzen. Ein konstruktiver Vorschlag, der die notwendige Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit in genauen Formeln vorlege, formuliert, die nicht nur einem dieser Be-

griffe dienlich wären, oder die Verschiebung des anderen süßlichen sei eingereicht worden. Die Regierung werde ihn verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis sei erzielt worden: Die Rückkehr eines großen Staates zur Abrüstungskonferenz, dessen Anwesenheit notwendig ist, um den abgeschlossenen Abkommen und Garantien und der Kontrolle, die aus diesem Abkommen folgen müßte, volle Wirksamkeit zu geben. Die französische Regierung werde darüber machen, daß man aus der lokalen Anerkennung einer Wiederaufbauung innerhalb der gleichen Pflichten und innerhalb einer positiven Organisation internationaler, oder wenigstens europäischer Sicherheit nicht etwa Schlussfolgerungen ziehe, die zu einer Aufrüstung führen, die mit den Zwecken der Abrüstungskonferenz, sowie mit den Friedensverträgen unvereinbar wäre.

Zum Schluß behandelt Paul-Boncour noch kurz die Lage der französischen Landwirtschaft und streite ferner die Frage der Arbeitslosigkeit.

Die Erklärung Paul-Boncours wurde mit mäßigem Beifall von der Mitte und von den Linken und mit Zurückhaltung von der Rechten aufgenommen.

### Die Aussprache in der Kammer.

\* Paris. Die auf die Regierungserklärung folgende Kammeraussprache verließ zunächst rechtlich einstimmig. Der Kommunist Toriot ging auf den französisch-russischen Nichtangriffspakt ein und war der Regierung vor, daß sie trotz dieses Vertrages eine georgische Gesandtschaft in Paris dulde. Er glaubte nicht, daß sich die französische Regierung eine estländische Gesandtschaft in Moskau gefallen lassen würde. Der Radikalsozialist Oulin forderte die Regierung auf, die Politik zu betreiben, die die augenblickliche Mehrheit versprochen habe: Sozialreform, finanzielle Befriedung, Belebung der Ungerechtigkeiten des Steuerwesens und Organisierung des Friedens. Unter strohem Beifall der Linken sollte er Herriot besondere Anerkennung dafür, daß er Frankreich aus der Vereinigung herausgeführt habe. Der Regierung Paul-Boncour falle die Aufgabe zu, das Werk Herriots fortzuführen.

Die sozialistische Fraktion hat am Donnerstag vorzeitig beschlossen, für die Regierung zu stimmen, wenn ihre Erklärung sie befriedigen würde. Die radikalsozialistische Fraktion hat beschlossen, ein Vertrauensvotum für die Regierung einzubringen. Die republikanische Mitte hat beschlossen, gegen die Regierung zu stimmen.

### Vertrauen für Paul-Boncour.

Ministerpräsident Paul-Boncour antwortete auf die verschiedenen Interpellationen. Zu den Ausführungen Fabrys sagte er, Deutschland Anwesenheit auf der Abrüstungskonferenz sei wesentlich für das Schlußabkommen. Frankreich habe den sicherer Mißerfolg der Abrüstungskonferenz verhindert, und man sei der Möglichkeit einer allgemeinen Kontrolle sehr nahe gekommen. Wenn Fabry bedauere, daß die Regierung sich nicht der Altenliste gegen Deutschland bedient hätte, so sei das gelungen, weil es keine Gelegenheit verloren hätte. Die einseitige Kontrolle, wie sie der Versailler Vertrag vorsehe, habe man hinsichtlich werden lassen, weil sie eine Gewaltspolitik vorauszeige; nur die allgemeine Kontrolle werde die Abrüstung verhindern können.

Die von den Radikalen eingebrachte Tagesordnung: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie rechnet vertrauensvoll damit, daß die Regierung die bei den allgemeinen Wahlen gewählte Politik des Friedens, der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung, der Verteidigung der Landwirtschaft, des sozialen Fortschritts und der Laiifizierung fortführen wird. Unter Ablehnung jeder weiteren Bemerkung geht die Kammer zur Tagesordnung über, für die Ministerpräsident Paul-Boncour die Vertrauensfrage stelle. wurde mit 365 gegen 215 Stimmen angenommen.

Die Kammer verlagerte sich auf Dienstag nach Weihnachten.

### Tilgungskasse für gewerbliche Kredite

Als zweite Institution, die der Erleichterung der Wirtschaftslage dienen soll, wird die Tilgungskasse für gewerbliche Kredite ins Leben gerufen mit dem Ziel der Befreiung von Folgen der Wirtschaftskrise. Zweck der Kasse ist, für Bankforderungen gegen gewerbliche Unternehmen die allmäßliche Tilgung zu ermöglichen, soweit sie in Verbindung mit der Sanierung solcher Unternehmen steht. Die Tilgungskasse übernimmt von Banken und Bankfirmen Forderungen gegen gewerbliche Unternehmen.

Die Reichsregierung hat sich dazu entschlossen, einen Bezug von 30 Millionen RM aus dem Garantiefond, der bei der Deutschen Gold- und Ausfuhrbank gebildet worden war, hinter die Tilgungskasse zu stellen.

### Deutsches Finanzierungsinstitut

Berlin, 23. Dezember.

Unter dem Namen Deutsches Finanzierungsinstitut A.-G. Berlin wird in den nächsten Tagen ein Unternehmen ins Leben gerufen werden, das der Förderung des gewerblichen Bankkredites dienen soll und die Ausgabe hat, die Fortführung solcher Kredite sowie ihre Umwandlung in Aktien und ähnliche Beteiligungen zu erleichtern. Das Grundkapital des Gesellschafts wird 30 Millionen RM betragen, hierzu entfallen 10 Millionen RM auf Vorzugsaktien, die durch die Gold- und Ausfuhrbank, die Akzept- und Garantiebank und die Bank für Deutsche Industrie-Obligationen übernommen werden.